

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

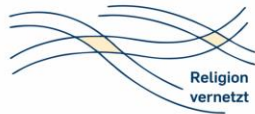
RUB

BERICHT ZUM PRAXIS-WORKSHOP

RELIGIÖSE VIELFALT. HANDLUNGSFELDER FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG



Nachwuchsforschergruppe



RELIGIÖSE VIELFALT. HANDLUNGSFELDER FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) – Ruhr-Universität Bochum

Der Praxis-Workshop **RELIGIÖSE VIELFALT. HANDLUNGSFELDER FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG** fand am 25. September 2014 im Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) der Ruhr-Universität Bochum statt.

Er wurde von Dr. des. Sarah J. Jahn und Ulf Plessentin, MA organisiert.

Der Praxis-Workshop wurde mit Mitteln der NRW-Nachwuchsforschergruppe „Religion vernetzt“, der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum und der Deutschen Vereinigung für Religionswissenschaft (DVRW) gefördert.



REDAKTION:

Dr. des. Sarah J. Jahn und Ulf Plessentin, MA,

Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) der Ruhr-Universität Bochum

Stand: 15. Dezember 2014

KONTAKTDATEN & IMPRESSUM:

Ruhr-Universität Bochum

Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES)

Bereich Wissenstransfer, z. H. Sarah J. Jahn

FNO 02/39

44780 Bochum

Tel.: +49 (0)234 - 32 22056 (Telefonkontakt Ulf Plessentin)

Tel.: +49 (0)234 - 32 24794 (Telefonkontakt Sarah J. Jahn)

Fax: +49 (0)234 - 32 14909

E-Mail: religionsvielfalt@rub.de

Website: www.ceres.rub.de/wissenstransfer/konferenzen/religionsvielfalt/

INHALT

| | |
|---|----|
| Einführung..... | 4 |
| (I) Themensammlung & Bedarfsermittlung..... | 5 |
| (II) Impulsvorträge | 8 |
| (III) Debatte..... | 10 |
| (IV) Formate des Wissenstransfers | 11 |
| (V) Ausblick..... | 13 |
| (VI) Angemeldete Teilnehmer/innen..... | 14 |

EINFÜHRUNG

Deutschlands Bevölkerung wird religiös vielfältiger: Die Kirchen verlieren Mitglieder und immer mehr Religionsgemeinschaften etablieren sich in Deutschland. In Ballungsgebieten existieren bis zu 250 unterschiedliche Religionsgruppen nebeneinander. Diese Entwicklungen haben Folgen für die öffentliche Verwaltung: Sowohl im Kontakt mit der Bevölkerung als auch in der Belegschaft der verschiedenen öffentlichen Einrichtungen stellen sich ganz neue Fragen und Herausforderungen bezüglich des adäquaten Umgangs mit religiöser und weltanschaulicher Vielfalt. Die teilweise stark kontrovers geführten Debatten um Gebetsräume, Feste, Kleidung, Essensversorgung und andere Themen zeigen das deutlich.

Das Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) an der Ruhr-Universität Bochum hat diesem Thema einen Praxis-Workshop gewidmet: Am 25. September 2014 tauschten sich Religionswissenschaftler/innen und Vertreter/innen aus der öffentlichen Verwaltung (Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltung, parteipolitische Referenten und Sprecher/innen) erstmals gezielt über Bedarfe und Perspektiven aus. Dabei gliederte sich der Praxis-Workshop in vier inhaltliche Abschnitte, um das Thema im Rahmen dieses innovativen Formates angemessen erörtern zu können: Zuerst wurden Themen gesammelt und Bedarfe (I) ermittelt. In religionswissenschaftlichen Impulsvorträgen wurden verschiedene Handlungsoptionen und Herausforderungen dargestellt (II). Deren Relevanz wurde anschließend vom Plenum debattiert (III). Verbunden damit wurde auch diskutiert, welche Formate des Wissenstransfers und Formen einer zukünftigen Zusammenarbeit (IV) zwischen dem Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) und der öffentlichen Verwaltung möglich und sinnvoll sind.

(I) THEMENSAMMLUNG & BEDARFSERMITTLUNG

Im Vorfeld des Praxis-Workshops wurden durch Telefongespräche mit verschiedenen öffentlichen Stellen in NRW (Bezirksregierungen, kommunale Integrationszentren, Ministerien) und darüber hinaus erste Bedarfe und Themen gesammelt. Zentral für die Bedarfsermittlung war folgende Frage:

► *Welche religionswissenschaftlichen Inhalte benötigt die öffentliche Verwaltung für ihre Arbeit?*

Während des Workshops wurde die Sammlung fortgesetzt, indem die teilnehmenden Mitarbeiter/innen der öffentlichen Verwaltung die inhaltlichen Schwerpunkte und Erfordernisse der eigenen Arbeit vorstellten. Zusammen mit den anwesenden Religionswissenschaftler/innen wurden dann die zusammengetragenen Themen und Bedarfe diskutiert und strukturiert:

Spezifische Bedarfe

Sowohl in den Telefonbefragungen als auch im Workshop wurde deutlich, dass die Bedarfe der öffentlichen Verwaltung sich unterscheiden. Sie hängen von den Spezifika der jeweiligen Verwaltungseinheit ab (Gesetzeslage, Zweckbestimmung). Diese wirken sich unmittelbar auf die Handlungsfelder und Handlungsmöglichkeiten bei religionsbezogenen Themen aus:

- (a) **Kommunale Integrationsbüros** bzw. -zentren (KI) wurden erst kürzlich in den kommunalen Verwaltungen in NRW gegründet. Ihr Ziel ist es, Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung zu verankern und Strukturen in der Fläche zu verändern. Die Landesregierung NRW hat Interkulturalität als Handlungsfeld der öffentlichen Verwaltung festgelegt. Da der Etablierungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, sind die Aufgabenfelder der KI noch nicht immer klar bestimmbar. Seit ihrer Gründung

kamen einzelne KI v. a. mit den Partikularinteressen von religiösen Organisationen und Individuen in Berührung. Mitarbeiter/innen von KI oder vergleichbarer Institutionen im Bereich Integrationspolitik wünschen sich deshalb insbesondere die **Vermittlung von systematischem Wissen** über den Aufbau, die Wirkung und die öffentliche Wahrnehmung von einzelnen Religionsgemeinschaften, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden.

- (b) Öffentliche Einrichtungen wie **Schulen, Krankenhäuser und Justizvollzugsanstalten** haben klar definierte Aufgabenfelder, aber stehen derweilen vor der Herausforderung, Interessen von Individuen und Entwicklungen in der Bevölkerung wahrzunehmen, diese für ihre Arbeit einzuschätzen und ihre Einrichtungen diesbezüglich zu sensibilisieren. Mehrfach wurde eine gewisse Unsicherheit über die vorhandenen Handlungsmöglichkeiten geäußert, so dass v. a. einzelfallorientierte kurzfristige Lösungen gegenüber grundlegender langfristig umzusetzender Überlegungen und Entscheidungen anvisiert werden. Mitarbeiter/innen dieser Einrichtungen äußerten **Bedarf an allgemeiner Religionskunde zu Fachthemen** (z. B. Gesundheit & Tod, Recht, Bildung, religiöse Praxis), um für die Wünsche und Ansprüche der Bevölkerung sensibilisiert zu sein und diese besser einordnen und ggf. ihre Arbeit danach ausrichten zu können.

Kernthemen

In einem nächsten Schritt präzisierten die Teilnehmer/innen des Praxis-Workshops die Bedarfe und ordneten diese verschiedenen Kernthemen zu. Diese Kernthemen lassen sich zu zwei Gruppen zusammenfassen. Die Themen der ersten Gruppe beschreiben (a) allgemeine und vergleichende religionskundliche Wissensbestände, die benötigt werden, um für die religiösen Bedarfe und Ansprüche von Bürger/innen sensibilisiert zu sein (Zweckeinrichtungen). Die Themen der zweiten Gruppe fokussieren die gesellschaftliche Wirkung und Wahrnehmung von Religion(en).

Hierzu wird Wissen benötigt, um den Nutzen für strukturelle Entscheidungen einschätzen zu können (Integrationsbüros).

- (a) Es gibt Bedarf an der Vermittlung von **Grundwissen über verschiedene Religionen** wie dem Islam, dem orthodoxen Christentum, oder zu spezifischen tagesaktuellen Themen wie Salafismus, Yezidentum, Alevitentum etc. Daneben gibt es auch dringenden Bedarf an religionskundlichem Wissen zu Fachthemen z. B. wie verschiedene Religionsgemeinschaften und deren Traditionsstränge mit Gesundheit und Tod umgehen, sich zu Gesetzen und dem Gewaltmonopol des Staates verhalten, bzw. säkulare Bildungseinrichtungen einschätzen.
- (b) Andererseits bedarf es der Vermittlung von aktuellen Forschungsergebnissen zu der **Wirkung und Wahrnehmung von Religion(en)** in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Die sozialwissenschaftliche Religionsforschung wird für Entscheidungen mit religionspolitischer Tragweite als zentral erachtet. Folgende Fragen wurden als besonders relevant genannt:

Wirkung

- Welche Wirkung hat Religion auf ihre Anhänger?
- In welchen Zusammenhängen hat Religion Konfliktpotential und in welchen Zusammenhängen wirkt Religion konfliktpräventiv?

Wahrnehmung

- Wie ist das „religiöse Feld“ strukturiert? – Wer darf für eine Religion sprechen und diese vertreten? Welche Gruppen- und Einzelinteressen sind vorhanden?
- Wie sind Veränderungen innerhalb der Religionen und in der Interaktion zwischen verschiedenen Religionen zu bewerten?

(II) IMPULSVORTRÄGE

Im weiteren Verlauf des Workshops wurden die ermittelten Bedarfe und die daraus abgeleiteten Kernthemen immer wieder in der Plenumsdiskussion z. B. zu den drei vorbereiteten religionswissenschaftlichen Impulsvorträgen aufgegriffen:

1.) *Religiöse Vielfalt in öffentlichen Einrichtungen*

(Sarah J. Jahn, CERES)

Am Beispiel des Justizvollzugs in Deutschland präsentierte die Religionswissenschaftlerin Sarah Jahn unterschiedliche Umgangsformen mit religiösen Interessen. Anhand von idealtypischen und anonymisierten Beispielen stellte sie drei unterschiedliche Wege vor, wie JVsAs mit den religiösen Bedürfnissen ihrer Häftlinge umgehen. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Fragen, die sich im Justizvollzugsdienst stellen auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung relevant sind. Ausgehend von der Hauptfrage, welche Handlungsmöglichkeiten eine religiös- und weltanschaulich neutrale Verwaltung gegenüber den religiösen Bedürfnissen und Akteuren habe, wurden Folgefragen präzisiert:

- Welche religiösen Normen müssen berücksichtigt werden? – Hierzu wurde die (Nicht-)Anerkennung von religiösen Feiertagen als klassisches Beispiel genannt.
- Wer darf für wen sprechen? – Darf z. B. eine örtliche Moscheegemeinde für alle islamischen Organisationen vor Ort sprechen?
- Wie kann eine Gleichheit i. S. einer Gleichbehandlung religiöser Bedürfnisse hergestellt werden? Ist dies überhaupt als Handlungsmaxime formulierbar?

Einig war sich das Plenum, dass unabhängig von dem Verfahren und der Entscheidung eine Transparenz zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit hergestellt werden müsse.

2.) *Religiöse Vielfalt in interreligiösen Kontaktzonen*

(Alexander-Kenneth Nagel, CERES)

Der Religionssoziologe Prof. Dr. Alexander Nagel stellte in seinem Impulsvortrag interreligiöse Formate in der Metropolregion Rhein-Ruhr vor und beleuchtete die Beweggründe von öffentlichen Akteuren für die Teilnahme und Mitwirkung an interreligiösen Aktivitäten. In der anschließenden Diskussion wurden erneut die unterschiedlichen Spezifika der jeweiligen Verwaltungseinheiten deutlich: Während es bei KI und anderen politknahen Abteilungen und Referaten der öffentlichen Verwaltung vor allem um Vertrauensaufbau geht, sehen öffentliche Einrichtungen mit einer klaren Zweckbestimmung (Schule, Krankenhäuser etc.) hier aber auch Chancen zur Regulierung und Kontrolle. Zum Abschluss wurde die Frage diskutiert, warum Religion in der Verwaltungspraxis als besonders relevant empfunden werde und ob Religion überhaupt als ein eigenständiger Bereich innerhalb der Kultur anzusehen sei, um den sich von Seiten der öffentlichen Verwaltung besonders „gekümmert“ werden müsse.

3.) *Religionen und Politik*

(André Kreye, Bundestagsfraktion B'90/Grüne)

Der Religionswissenschaftler und religionspolitische Referent der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne André Kreye präsentierte dem Plenum ein fiktives Szenario, das realistische Handlungsoptionen und mögliche Herausforderungen für kommunale Entscheidungsträger/innen verdeutlicht. Als fiktives Szenario wurde ein Zugunglück skizziert, bei dem eine multireligiöse Gruppe von Kindern und Jugendlichen zu Schaden gekommen ist. In der Diskussion zu diesem Szenario wurde deutlich, dass die Handlungsspielräume der öffentlichen Verwaltung durchaus flexibel sind. Jedoch stelle die Flexibilität auch eine Herausforderung dar, indem zu fragen sei, welche Instanzen der öffentlichen Verwaltung für den die betroffenen religiösen Akteure und Individuen zu-

ständig sind. Zwar mag das allgemeine Verfahren in einem solchen Szenario eindeutig sein, Herausforderungen im Umgang mit Opfern und deren Angehörigen entstehen allerdings erst durch das spezifisch religiöse Setting.

(III) DEBATTE

Rolle der öffentlichen Verwaltung & Handlungsräume

In der Debatte wurde zunächst erörtert, welche Stellung das Thema Religion innerhalb der verschiedenen Arbeitsbereiche öffentlicher Verwaltung faktisch einnimmt. Aus den Beschreibungen wurde offensichtlich, dass ausgehend von Ländergesetzgebung und Zweckbestimmung der jeweiligen Verwaltungseinheiten ganz unterschiedliche Erfahrungen vorliegen und das Thema Religion auch von lokalen Faktoren abhängt.

In der Debatte im Plenum wurde außerdem deutlich, dass eine grundlegende Spannung zwischen der als weltanschaulich neutral definierten Verwaltung und den religiösen Ansprüchen von Bürger/innen besteht. Dabei wurden folgende zwei Fragen als zentral erachtet:

- ▶ ***Inwieweit müssen Verwaltungsstellen auf religiöse Bedürfnisse eingehen?***
- ▶ ***Auf welcher Ebene kann eine Kommunikation stattfinden?***

Die jeweilige Antwort auf diese Fragen beeinflusst die Handlungsspielräume der Verwaltungseinheiten grundlegend: So wurde deutlich, dass die anwesenden Mitarbeiter/innen verschiedener Verwaltungsbehörden in dieser Hinsicht ganz unterschiedliche Ansätze vertreten, die durch persönlichen Erfahrungen und die Spezifika der jeweiligen Verwaltungseinheit beeinflusst sind. Während einige sich aktiv in interreligiöse Settings einbringen und sich für religiöse Belange als zuständig definieren, vermeiden andere jegliche Beteiligung im interreligiösen Rahmen und unterstreichen die weltanschauliche Neutralität der öffentlichen Verwaltung im Sinne einer Nichteinmischung. Ein Mittelweg beider Pole entsteht

durch das Selbstverständnis als Vermittler, indem die Verwaltung unterschiedliche Parteien zusammenbringt, sich selbst aber nicht in einer aktiven Sprecherposition sieht. Die mit diesen beiden Extrempositionen verbundenen Möglichkeiten und Herausforderungen für Verwaltungseinrichtungen wurden in der Diskussion skizzenhaft angesprochen.

Kurz diskutiert wurde auch, ob die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber die religiöse und weltanschauliche Diversität ihrer Mitarbeiter/innen aktiv manage bzw. sich diesbezüglich öffne und öffnen sollte. Die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung als Anspruch und Herausforderung wurde mehrfach formuliert.

(IV) FORMATE DES WISSENSTRANSFERS

Insgesamt hat der Praxis-Workshop gezeigt, dass von Seiten der öffentlichen Verwaltung ein enormes Interesse und ein dringender Bedarf an weiteren Veranstaltungen und Angeboten des religionswissenschaftlichen Wissenstransfers bestehen. Ebenso besteht ein religionswissenschaftliches Interesse, aktuelle Bedarfe und lokale Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung in der gesamten Bandbreite ihrer Ausrichtung im religiösen und weltanschaulichen Feld zu kennen, um darauf mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten bzw. einer geeigneten Form der Wissensvermittlung zu reagieren. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die akademische Vermittlung oft ohne Kenntnisse der Alltagswirklichkeit in der Praxis und somit nicht selten an den Bedarfen vorbei erfolgt. Die Hauptfrage ist deshalb:

► **Wie lässt sich das Wissen aus dem akademischen Bereich anwendungsbezogen übertragen?**

In der Plenumsdiskussion wurden folgende Formate vorgeschlagen, die als fruchtbar für einen Wissenstransfer von religionswissenschaftlichen Inhalten zur öffentlichen Verwaltung angesehen werden:

- Format 1: Empfohlen wurde der Aufbau *klassischer Weiterbildungsprogramme* für Mitarbeiter/innen der öffentlichen Verwaltung. Hierbei sollte der Schwerpunkt je nach Bedarf auf der Vermittlung unterschiedlicher Wissensbestände (Religionskunde oder systematisches Wissen) liegen. Die verschiedenen Formen (Vortrag, Fallbeispiele, Planspiele), die in einem Weiterbildungsprogramm zur Wissensvermittlung angewandt werden können, wurden hierbei aber nicht näher konkretisiert.
- Format 2: Verbunden mit Format 1 wurde der Wunsch geäußert, *mit Ausbildungsstellen der öffentlichen Verwaltung verstärkt zusammenzuarbeiten*, damit die religionsbezogene Sensibilisierung schon in der Ausbildung beginnen kann. Eine Aufnahme von religionswissenschaftlichen Inhalten in das Curriculum von Verwaltungsangestellten wurde empfohlen. Als mögliche Ansprechpartner wurden die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und die Weiterbildungsakademien genannt.
- Format 3: Darüber hinaus wurde die *Bereitstellung von Informationstexten* als sinnvoll erachtet. Diese könnten z. B. in Form von Broschüren, als Website im Internet, im Rahmen eines E-Mail-basierten Newsletters angeboten werden.
- Format 4: Als Wunsch wurde die Einrichtung einer *Telefon-Hotline* am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) zur Beantwortung akuter Fragen bzw. zur Vermittlung von Expert/inn/en formuliert.

(V) AUSBLICK

Das Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) ist bestrebt den Bereich Wissenstransfer weiter auszubauen. Angebote für die öffentliche Verwaltung sind angedacht. Das Feedback von Seiten der Mitarbeiter/innen der öffentlichen Verwaltung aber auch die inhaltlichen Diskussionen im Praxis-Workshop haben diesbezüglich wichtige Impulse und Ideen geliefert.

Um bedarfsgerechte Formate und konkrete Inhalte vorbereiten zu können, bedarf es einer genauen Abstimmung mit den jeweiligen Bereichen der öffentlichen Verwaltung. Das Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) ist deshalb auf *Ihre konkreten Vorschläge und Rückmeldungen* angewiesen. Diese können Sie uns gerne zusenden. Gerne sind wir auch bereit, telefonisch bzw. vor Ort mit Ihnen mögliche Formate persönlich zu besprechen.

Ruhr-Universität Bochum

Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES)

Bereich Wissenstransfer, z. H. Sarah J. Jahn

FNO 02/39

44780 Bochum

Tel.: +49 (0)234 - 32 22056 (Telefonkontakt Ulf Plessentin)

Tel.: +49 (0)234 – 32 24794 (Telefonkontakt Sarah J. Jahn)

Fax: +49 (0)234 - 32 14909

E-Mail: religionsvielfalt@rub.de

(VI) ANGEMELDETE TEILNEHMER/INNEN

| | | |
|------------------------------|--|-----------------------|
| Aderas, Saida | Stiftung Weltethos | <i>Tübingen</i> |
| Baş, Ali | MdL NRW, Sprecher für interreligiösen Dialog, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | <i>Düsseldorf</i> |
| Beinlich, Ann-Kristin | Leibniz-Institut, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung | <i>Frankfurt a.M.</i> |
| Bloink, Tobias | Stadt Bochum, Kommunales Integrationszentrum | <i>Bochum</i> |
| Blume, Michael | Staatsministerium Baden-Württemberg, Referat Kirchen und Religion, Integration und Werte | <i>Stuttgart</i> |
| Damski, Ilona | Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 36, Kompetenzzentrum für Integration | <i>Arnsberg</i> |
| Dippel, Julia | Universität Marburg, Institut für Religionswissenschaft | <i>Marburg</i> |
| Dunkel, Anna | Kreis Wesel, Landrat VB 4, FD 48 Schulen und Regionale Schulberatung | <i>Wesel</i> |
| El-Menouar, Yasemin | Projektmanagerin für das Programm „Lebendige Werte“, Bertelsmann Stiftung | <i>Gütersloh</i> |
| Erb, Benedict | Universität Leipzig, Religionswissenschaftliches Institut | <i>Leipzig</i> |
| Hetmann, Dieter | Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 36, Kompetenzzentrum für Integration | <i>Arnsberg</i> |

RELIGIÖSE VIELFALT. HANDLUNGSFELDER FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) – Ruhr-Universität Bochum

| | | |
|--|--|-----------------|
| Jahn, Sarah J. | Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES), Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |
| Jelinek-Menke, Ramona | Universität Leipzig, Religionswissenschaftliches Institut | <i>Leipzig</i> |
| Knape, Florian | Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Grundsatzfragen der Integration, Geschäftsstelle Deutsche Islam Konferenz | <i>Nürnberg</i> |
| Kreye, André | Deutscher Bundestag, Fraktion Bündnis '90/Die Grünen, Referent für Religionspolitik und interreligiösen Dialog | <i>Berlin</i> |
| Rückamp, Veronika (vormals Lutz) | Universität Luzern, Religionswissenschaftliches Seminar | <i>Luzern</i> |
| Marla-Küsters, Sandhya | Nachwuchsforschergruppe „Religion vernetzt“, Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES), Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |
| Mykytjuk-Hitz, Karin | Universität Bern, Theologische Fakultät, Arbeitsgruppe für Empirische Religionsforschung | <i>Bern</i> |
| Nagel, Alexander-Kenneth | Centrum für Religionswissenschaftliche Studien CERES, Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |
| Pillath, Dieter | Stadt Bottrop, Referat Migration, Kommunales Integrationszentrum | <i>Bottrop</i> |

RELIGIÖSE VIELFALT. HANDLUNGSFELDER FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) – Ruhr-Universität Bochum

| | | |
|---------------------------|---|-------------------|
| Plessentin, Ulf | Centrum für Religionswissenschaftliche Studien CERES, Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |
| Schlamelcher, Jens | Centrum für Religionswissenschaftliche Studien CERES, Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |
| Schwarzer, Thomas | Stadt Bottrop, Referat Migration | <i>Bottrop</i> |
| Sendes, Anika | Senatskanzlei, Kulturelle Angelegenheiten | <i>Berlin</i> |
| Stephanus, Robert | Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst | <i>Marburg</i> |
| Strotmann, Vivian | Online-Journal <i>Entangled Religions</i> | <i>Bochum</i> |
| Suder, Piotr | Nachwuchsforschergruppe „Religion vernetzt“, Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES), Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |
| Velte, Jutta | MdL NRW, Fraktion Bündnis '90/Die Grünen | <i>Düsseldorf</i> |
| Weiß, Sabrina | Nachwuchsforschergruppe „Religion vernetzt“, Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES), Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |
| Wettich, Thorsten | Abteilung Religionswissenschaft Georg-August-Universität Göttingen | <i>Göttingen</i> |
| Wolf, Ann-Kathrin | Centrum für Religionswissenschaftliche Studien CERES, Ruhr-Universität Bochum | <i>Bochum</i> |

NOTIZEN